

# Europäische Jugendarbeit und Jugendpolitik

Aktuelle Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene

# 01.17  
NEWSLETTER



**INTERVIEW  
MIT PETRA  
KAMMERVERT**

„DER RECHTSVOR-  
SCHLAG LÄSST NOCH  
FRAGEN OFFEN“



**INTERVIEWS  
POLITIKER  
ZU ERASMUS+**

WIE SOLL ES  
WEITERGEHEN?



**WAS IST LOS  
IN DER JUGEND-  
STRATEGIE**

„HANDELN FÜR EINE  
JUGENDGERECHTE  
GESELLSCHAFT“

# INHALT

<b>Europäische Entwicklungen</b>	<b>3</b>	<b>Die EU – Jugendstrategie</b>	<b>15</b>
„Der Rechtsvorschlag der EU-Kommission lässt noch viele Fragen offen“	3	Quo vadis EU-Jugendstrategie: Austausch auch in Deutschland gestartet	15
"Wir leben in einer Blase"	5	Wissenschaftliche Begleitung zur EU-Jugendstrategie geht in die dritte Phase	17
Youth Work: Gemeinsame Empfehlung des Europarates	7	Was ist los in der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“	18
Wirtschafts- und Finanzreformen sozial abfedern: EU-Kommission legt Säule sozialer Rechte vor	8	Veränderungen bei JUGEND für Europa	19
<b>Standpunkte aus Deutschland</b>	<b>10</b>	<b>Der Strukturierte Dialog</b>	<b>20</b>
Zwischen Kontinuität und Veränderung: Das Europäische Solidaritätskorps ist eigentlich ein EFD PLUS	10	<b>Impressum</b>	<b>21</b>
Wie soll es weitergehen mit Erasmus+ JUGEND IN AKTION?	13		



# EUROPÄISCHE ENTWICKLUNGEN

## „Der Rechtsvorschlag der EU-Kommission lässt noch viele Fragen offen“

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament bezieht Stellung zum Europäischen Solidaritätskorps. Petra Kammerevert MdEP, im Gespräch mit JUGEND für Europa über den Programmvorschlagn der EU-Kommission.

»Das Europäische Solidaritätskorps ist nun auf den Weg gebracht worden. Die EU-Kommission hatte ja am 30.05. ihren Rechtsvorschlag veröffentlicht. Wo sehen Sie Stärken und Chancen des Vorschlags, wo die kritischen Punkte?

«Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass die EU-Kommission mit dem Rechtsvorschlag zum Europäischen Solidaritätskorps (ESK) das Thema „Jugend“ wieder in den Mittelpunkt europäischer Politik zu rücken versucht. Die Schaffung des Europäischen Solidaritätskorps soll das bürgerliche Engagement junger Europäerinnen und Europäer stärken, zur Förderung einer europäischen Identität gerade dieser junger Menschen beitragen und die Solidarität innerhalb und zwischen den europäischen Gesellschaften stärken.

«Der Rechtsvorschlag der EU-Kommission lässt allerdings noch viele Fragen offen. Insbesondere bin ich besorgt über mögliche negative Auswirkungen auf das Budget von Erasmus+ und den darin enthaltenen Teilprogrammen durch die Schaffung des neuen Solidaritätskorps. Auch das Entstehen unnötiger Doppelstrukturen betrachte ich mit Sorge. Der bisher in Erasmus+ untergebrachte Europäische Freiwilligendienst (EFD) soll nämlich in zwei Teile zergliedert werden: Der EFD wird weiterhin für Freiwilligentätigkeiten junger Menschen in Partnerländern außerhalb der EU bestehen bleiben, wohingegen Freiwilligentätigkeiten innerhalb der EU unter das Europäische Solidaritätskorps fallen werden. Trägerorganisationen werden somit gezwungen sein, für vergleichbare Aktivitäten Anträge in zwei unterschiedlichen europäischen Programmen zu stellen. Außerdem stelle ich es mir

schwierig vor, beide Programme in ihrer Außendarstellung für die potentiellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterscheidbar zu machen. Hinzukommt, dass die EU-Kommission die Solidarität in Europa sowohl durch Freiwilligen- als auch durch Beschäftigungsprojekte für Jugendliche im Rahmen desselben Programms stärken möchte. Maßnahmen zur Stärkung des freiwilligen Engagements sollten jedoch klar von Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung getrennt werden.





» Welche Elemente im Freiwilligenbereich des ESK sehen Sie als besonders gut für die Einbeziehung benachteiligter Jugendlicher geeignet? Wo gibt es Schwachpunkte?

«Freiwilligentätigkeit spielt eine bedeutende Rolle im Bereich der non-formalen Bildung. Mit einer Teilnahme am Europäischen Solidaritätskorps können Jugendliche demnach nicht nur ihr bürgerliches Engagement zum Einsatz bringen, sondern gleichzeitig Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern könnten. Dies ist insbesondere für benachteiligte Jugendliche von Bedeutung. Daher soll die Beteiligung benachteiligter junger Menschen an Freiwilligentätigkeiten durch gezielte Maßnahmen wie zusätzliche Finanzmittel, Einsätze von kürzerer Dauer sowie Einsätze auf lokaler Ebene in Zukunft gefördert beziehungsweise vereinfacht werden. Denn gerade diesen Jugendlichen fehlen oftmals die notwendigen Ressourcen, um für Freiwilligentätigkeiten oder andere Mobilitätsaufenthalte ins Ausland zu gehen.

» Wie wird der Ausschuss in den nächsten Monaten mit dem Thema verfahren und sich eine Meinung bilden? Wird es weitere Konsultationen von Trägern, engagierten Jugendlichen oder Nationalen Agenturen geben?

«Obwohl der Rechtsvorschlag dem Europäischen Parlament erst am 30. Mai unterbreitet wurde, möchte

die EU-Kommission bereits Ende des Jahres eine Verabschiedung erreichen. Ab Januar 2018 sollen sich Jugendliche dann auf Basis dieses neu geschaffenen Programms an Solidaritätsmaßnahmen beteiligen können. Ich halte diesen Zeitplan jedoch für sehr ambitioniert. Normalerweise dauert ein Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene länger als ein Jahr. Wie sich das Europäische Parlament innerhalb nur weniger Monate zu einer solchen nicht gerade unstrittigen Initiative positionieren und mit den Regierungen der Mitgliedstaaten einigen soll, ist daher fraglich. Dennoch haben wir versprochen, dass wir den Rechtstext konzentriert und so zügig wie möglich parlamentarisch behandeln wollen. Hierbei muss aber die Prämisse gelten: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Das heißt auch, dass den Interessen der Trägerorganisationen, Jugendlichen und Nationalen Agenturen Gehör geschenkt werden muss. Mir gegenüber wurde in den letzten Wochen nämlich oft bemängelt, dass die verschiedenen Interessengruppen von der EU-Kommission nicht ausreichend in die Erarbeitung des Rechtsvorschlages eingebunden wurden. Das Parlament wird sich größte Mühe geben, dies besser zu machen.

» Wie sehen Sie das Verhältnis von ESK und Erasmus+ nach 2020? Werden Sie sich weiterhin für einen starken Bereich Erasmus+ JUGEND IN AKTION im möglichen Nachfolgeprogramm einsetzen?

«Für mich stellt sich schon seit Beginn der Diskussionen um das Europäische Solidaritätskorps die Frage: Warum kein Solidaritätskorps unter dem Dach von ERASMUS+? Persönlich halte ich es nämlich für keine gute Idee, zwei – sowohl inhaltlich als auch finanziell – miteinander konkurrierende europäische Jugendprogramme zu schaffen. So war es in der Vergangenheit bereits schwierig, das Budget von Erasmus+ und damit auch den Teilbereich JUGEND IN AKTION aufzustocken. In Zukunft wird man nun sowohl um Budgeterhöhungen für Erasmus+ als auch für das Europäische Solidaritätskorps kämpfen müssen. In der nächsten Förderperiode, d.h. ab 2021, wäre es daher aus meiner Sicht sinnvoll, das Solidaritätskorps im Erasmus+ – Programm zu re-integrieren. <<<<<

## Rechtsvorschlag zum Europäischen Solidaritätskorps: Ein neues EU-Programm für alle jungen Menschen

Nun liegt er vor, der Entwurf der EU-Kommission für ein Europäisches Solidaritätskorps ab 2018. Der Europäische Freiwilligendienst wird größtenteils darin aufgehen. Aber es gibt auch neue Förderformate und eine Wiederauferstehung.

» [Weiterlesen](#)





## "Wir leben in einer Blase"

Der Sozialforscher Howard Williamson im Gespräch mit der Wiener Zeitung über die Schwierigkeiten europäischer Jugendpolitik und die Folgen des Brexit.

Das Interview führte Anja Stegmaier, Wiener Zeitung



» *"Wiener Zeitung": Gibt es eine europäische Jugendpolitik?*

«Howard Williamson: Die EU-Kommission würde natürlich sagen, es gibt eine. Es gibt auch ein Gerüst, die europäische Jugendstrategie von 2009. Der Europarat hat auch so etwas Ähnliches, genannt Agenda 2020. Eigentlich gibt es aber keine europäische Jugendpolitik. Alle 28 Mitgliedstaaten der EU haben ihre eigenen Ansätze. Und sie erzählen ständig allen anderen, dass sie an einem neuen Zugang arbeiten. Die Kernthemen sind natürlich überall die gleichen: die politische und soziale Teilhabe von jungen Menschen, Jugend am Arbeitsmarkt, Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildung und Schulabbrecher - ein riesiges Problem in der EU, vor allem in Osteuropa.

» *Es gibt EU-Programme wie Erasmus +, die es seit Jahren, ja Jahrzehnten gibt. . .*

«Die EU hat Programme schon seit 1987, aber in Sachen Politik gab es das erste Weißbuch erst 2001, als sich

der für Jugend zuständige Teil der Kommission eingestehen musste, dass er keine Autorität hatte, die wirklich großen Probleme wie Bildung, Arbeitslosigkeit oder Gesundheit anzusprechen.

» *Erasmus ist das erfolgreichste Programm der EU, heißt es. Stimmt das?*

«Die Kommission muss sich immer wieder bewusst machen, wo sie ihre bescheidenen Ressourcen am besten einsetzt, um jungen Menschen wertvolle Angebote zu ermöglichen. Es gibt zahlreiche Programme für die Jugend, und die sind insgesamt gut durchdacht. Mobilität und die Teilnahme für die Jugend in Europa zu fördern, sind absolut essenziell. Die eigentliche Frage ist aber, wer bekommt diese Förderung? Und was nehmen die Leute aus diesen Erfahrungen mit in ihr Leben? In Zeiten der Sparsamkeit hat die Kommission das Budget für die Jugendprogramme und Erasmus um 40 Prozent erhöht - das ist schon bemerkenswert. Aber die Kommission unterstützt



Howard Williamson ist Professor für Jugendpolitik an der University of South Wales in Pontypridd. Der ausgebildete Jugend- und Sozialarbeiter war Gastdozent an zahlreichen Universitäten in der ganzen Welt, unter anderem im Iran, in China, Hong Kong und Frankreich.

*bloß die motivierten, aufgeklärten jungen Menschen - und die vielen anderen bleiben zurück. Außerdem gibt es den sogenannten Projekt-Tourismus. Es gibt Menschen, die absolvieren ein Programm nach dem anderen, bis sie zu alt sind, um sich zu bewerben - da sollte man schon schauen, ob das wirklich einen Mehrwert hat.*

**» Wie erreicht man denn dann die, die es nötiger hätten?**

*«Es ist nicht schwer, marginalisierte junge Leute für die Sache zu gewinnen - das habe ich mein ganzes Leben lang getan. Aber es ist harte Arbeit. Es braucht viel Geduld; die gesetzten Ziele sind nicht leicht zu erreichen. Dies ist machbar mit motivierten jungen Leuten, aber wenn man sich immer diese Zielgruppe sucht, pickt man sich die Rosinen heraus. Zwei Dinge müssen passieren: Es braucht einen proaktiven Zugang, um das Bewusstsein zu schaffen, dass es diese Programme überhaupt gibt, und es muss stärkere Partnerschaften geben mit nationalen Initiativen, die diese Jugendlichen Schritt für Schritt an die EU-Programme heranführen. Viele junge Leute, mit denen ich gearbeitet habe, hatten schreckliche Angst davor, ins Ausland zu gehen. Das heißt nicht, dass sie nicht Leute aus einem anderen Land kennenlernen wollen, aber sie sind sehr ortsverbunden, oft rassistisch, homophob, sie halten hoch, was ihnen vertraut ist, und sie hassen Unterschiede. Es gibt viele dieser Kids, und es muss eine Menge getan werden, bevor für sie ein EU-Programm in Frage kommt.*

**» Der Austritt Großbritanniens aus der EU verstärkt diesen Trend noch, oder?**

*«Im Kontext von Brexit, den USA und postfaktischer Politik müssen wir uns ernsthaft damit auseinandersetzen,*

*was bis jetzt wirklich erreicht wurde und welche neuen Methoden es braucht. Für Großbritannien ist es jetzt sowieso zu spät. Ich habe mit so vielen jungen Briten gesprochen, die in EU-Programmen waren, und die haben nicht einmal gewusst, dass ihnen die EU das ermöglicht. England hat zudem seine Jugendberatung komplett zerstört; seit 2010 wurde die total ausgedünnt. Viele Möglichkeiten, die es auf nationaler oder lokaler Ebene gab, gibt es heute nicht mehr. Das macht das, was die EU anzubieten hat, umso wichtiger. Aber gehen Sie einmal in eine Schulklasse und fragen Sie ein paar 16-Jährige, wie viele Länder in der EU sind. Zunächst einmal wissen sie es nicht, aber die meisten interessiert das auch überhaupt nicht. Wir leben in einer Art Blase, wo wir über EU-Programme reden. Alle sind gut informiert, und wir reden über Strategien - aber nur ein winziger Prozentsatz von Menschen in der EU wissen darum und interessieren sich dafür.*

**» Wie wird das nun weitergehen nach dem Brexit?**

*«Vor kurzer Zeit sprach ich mit britischen Parlamentsabgeordneten über die EU-Programme. Ich sagte ihnen, dass das Vereinigte Königreich riskiert, zu enden wie Albanien. Großbritannien wäre zwar noch Teil des EU-Jugendprogramm-Systems, aber es kann keine Führungsrolle einnehmen, weil es kein EU-Mitglied mehr ist. Der Abgeordnete sagte daraufhin, dass das Exit-Team bereits auslotet, wie junge Briten weiterhin an Programmen teilnehmen können. Das ist eben auch Teil der britischen Haltung: Wir wollen raus, aber wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist. Das ist problematisch, aber es macht mich traurig, wenn junge Menschen im Vereinigten Königreich nicht mehr teilnehmen könnten.*

Abdruck mit freundlicher Genehmigung  
der Wiener Zeitung GmbH

» [www.wienerzeitung.at](http://www.wienerzeitung.at)



## Der EFD ist ein Booster – Wirkungsstudie zum Europäischen Freiwilligendienst veröffentlicht

Die EU-Kommission hat die des Europäischen Freiwilligendienstes untersuchen lassen. Die Studie umfasst die Erfahrungen zum EFD seit 1996. Die Ergebnisse werden auch Maßstab für das Europäische Solidaritätskorps sein.

[↘ Weiterlesen](#)

## Youth Work: Gemeinsame Empfehlung des Europarates

„Junge Menschen spielen eine entscheidende Rolle für ein gerechtes und soziales Europa“ – dies ist der zentrale Gedanke einer Empfehlung des Europarates vom 31. Mai 2017

**D**er Rat ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Jugendpolitik weiterhin an gemeinsamen Werten zu orientieren. Im Rahmen der Empfehlung skizziert der Rat neun Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten ergriffen werden können, um Jugendarbeit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene effektiv zu fördern.

Wegbereiter für innovative und erfolgreiche Jugendarbeitspraktiken sind laut Empfehlung nicht nur nachhaltige Strukturen und (finanzielle) Mittel in den einzelnen Mitgliedstaaten, sondern auch die kontinuierliche Kooperation und Koordination auf europäischer Ebene. In diesem Zusammenhang betont der Rat die Bedeutung von Jugendarbeit für ziviles Engagement, die Entwicklung interkultureller Kompetenz, und deren Beitrag zur Entwicklung einer europäischen Identität.

Unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Veränderungen und Trends unterstützt der Rat in diesem Zusammenhang nachdrücklich die Einbindung aktueller Forschung sowie die beständige Evaluierung und Nachbereitung jugendpolitischer Maßnahmen. Nur so könne wissenschaftsbasierte und qualitativ hochwertige Jugendarbeit dauerhaft und zukunftsorientiert gewährleistet werden.

Basierend auf den oben umrissenen Maßnahmen empfiehlt der Rat schließlich die Entwicklung eines kohärenten und flexiblen Rahmens gemeinsam erarbeiteter Kernkompetenzen, um Jugendarbeiter auf europäischer Ebene besser auszubilden und evaluieren zu können.



Die Empfehlungen auf den [↘ Seiten des Europarates](#) (Englisch)





## **Wirtschafts- und Finanzreformen sozial abfedern: EU-Kommission legt Säule sozialer Rechte vor**

Mit ihrer im Frühjahr vorgelegten europäischen Säule sozialer Rechte möchte die EU-Kommission das soziale Gesicht der EU stärken.

**I**n Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise setzte die EU in erster Linie auf Haushaltsdisziplin und Sparprogramme als Mittel für die Förderung und Erhaltung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Ein Jahrzehnt weiter wird deutlich, dass die Wirtschaftskraft in der EU steigt, dies sich aber nicht unbedingt positiv auf die Lebensbedingungen europäischer Bürger und Bürgerinnen auswirkt. Armutgefährdung, soziale Ausgrenzung und hohe Arbeitslosenquoten in einer Reihe von Mitgliedstaaten sind weiterhin die Realität. Diese negative Entwicklung wird der EU zugeschrieben und von vielen als Ursache für den steigenden Nationalismus und Populismus und die größer werdende Distanz zur EU gesehen. In seiner Rede zur EU in 2015 hatte Kommissionspräsident Juncker einen Prioritätenwandel proklamiert: Arbeiten für einen fairen europäischen Arbeitsmarkt – sprich funktionierende und faire Arbeitsmärkte und Sozialsysteme in den EU-Staaten – sollten wieder mehr Gewicht erhalten. In diesem Zusammenhang kündigte er eine europäische

Säule sozialer Rechte an, mit der die wirtschafts- und finanzpolitischen Reformen stärker als bisher von einer sozialen Dimension flankiert werden sollen.

Mit der Säule werden 20 zentrale Grundsätze und sogenannte Rechte beschrieben, die von der EU-Kommission als Voraussetzung für faire Arbeitsmärkte und Sozialsysteme gesehen werden. Sie will die Säule als „Kompass für eine erneuerte Aufwärtskonvergenz in Richtung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa“ verstanden wissen. Die Säule gilt in erster Linie für die Wirtschafts- und Währungsunion, also den Euroraum und seine Mitgliedstaaten. Nach Vorstellung der Kommission sollten sich weitere EU-Staaten aber gerne anschließen können. Die politische Botschaft ist, dass sich die EU wieder verpflichten muss, eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft anzustreben, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. <<<<<

## *EU-Jugendrat setzt auch zukünftig auf die europäische Kooperation im Jugendbereich*

Der Jugendministerrat der EU hat sich in seiner Sitzung am 22. Mai 2017 in Brüssel erstmals zur Vorbereitung der jugendpolitischen Zusammenarbeit für die Zeit ab 2019 geäußert. Er beauftragte die EU-Triopräsidentschaft, die für die nächsten 18 Monate durch Estland, Bulgarien und Österreich verantwortet wird, sich aktiv in die Erarbeitung eines Vorschlages für eine zukünftige EU-Jugendstrategie einzubringen. In dem im Rat verabschiedeten Text der Schlussfolgerungen geben die Jugendministerinnen und Jugendminister der EU-Staaten den kommenden Verhandlungsführern erste Überlegungen und Grundsätze mit auf den Weg.

[» Weiterlesen](#)





## Zukunftskonferenz: Es braucht einen Europäischen Freiwilligenstatus

Die estnische EU-Ratspräsidentschaft hatte zu einer Zukunftskonferenz zum Europäischen Freiwilligendienst (EFD) nach Tallinn eingeladen. 150 Teilnehmer hatten so die Gelegenheit, das Verhältnis zwischen dem EFD und dem neuen Europäischen Solidaritätskorps zu diskutieren und Botschaften zur weiteren Entwicklung der Freiwilligenarbeit in Europa zu formulieren.

[» Weiterlesen](#)

## EU-Kommission veröffentlicht Handbuch zur Qualitätsentwicklung in der Jugendarbeit

Mit dem jetzt veröffentlichten Handbuch „Improving Youth Work – your guide to quality development“ will die EU-Kommission Anregungen für eine systematische Qualitätsentwicklung in der Jugendarbeit geben. Sie hatte Praktiker und Praktikerinnen mit der Erarbeitung dieses Handbuches beauftragt. Das Dokument bietet eine detaillierte „Schritt-für-Schritt-Anleitung“, die erklärt wie man ein System für Qualitätsentwicklung erstellt und mit diesem arbeitet. Die Anleitung ist gut zugänglich strukturiert, mit vielen Beispielen versehen und in einer klaren Sprache formuliert.

[» Weiterlesen](#)





# STANDPUNKTE AUS DEUTSCHLAND

## **Zwischen Kontinuität und Veränderung: Das Europäische Solidaritätskorps ist eigentlich ein EFD PLUS**

Gerade Mal zehn Monate ist es her, dass Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Idee eines Europäischen Solidaritätskorps vorgestellt hat. Seit Ende Mai liegt nun ein Rechtsvorschlag als Grundlage für das neue Programm vor, das zum 1. Januar 2018 Realität werden soll. EU-Kommissar Oettinger würdigte vor 120 Fachkräften in Berlin den Europäischen Freiwilligendienst als Vorbild.

Text: Lisa Brüßler für JUGEND für Europa | Foto: Lisa Brüßler, Berlin

„Ich habe noch nie ein EU-Programm erlebt, dass so schnell erarbeitet wurde“, eröffnete Moderatorin Dr. Helle Becker den Tag des Austauschs im Europäischen Haus in Berlin. Rund 120 Multiplikatoren waren auf Einladung von JUGEND für Europa und der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland gekommen, um den aktuellen Stand zu erfahren, Fragen zu stellen und Kritik zu äußern.

Das „Europäisches Solidaritätskorps“ (ESK) bietet jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit, durch einen Freiwilligendienst, ein Praktikum oder eine berufliche Tätigkeit Solidaritätsprojekte in der EU zu unterstützen, sich für Europa zu engagieren.

Der Freiwilligendienst wurde flexibler gestaltet und kann für eine Dauer von wenigen Wochen bis zu einem Jahr ausgeübt werden. Im Rahmen des Beschäftigungszweigs erhalten junge Menschen einen Arbeits- oder Praktikumsplatz in Organisationen. Auf den Freiwilligendienst entfallen 80 Prozent des vorgesehenen Budgets, für den Beschäftigungsstrang 20. Mögliche Tätigkeitsbereiche sind Bildungs- und Gesundheitswesen, Integration, Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Bau von Unterkünften Renovierung und Verwaltung, Umweltschutz und Prävention von Naturkatastrophen. Das ESK soll bis Ende 2020 insgesamt 100.000 Teilnehmer mobilisieren.

### **Das Europäische Solidaritätskorps wird Programm**

Richard Kühnel, Leiter der Europäische Kommission in Berlin, betonte in seiner Begrüßung, dass das ESK eine sinnvolle Ergänzung zum eher akademisch geprägten Erasmus-Programm sei: „Mit dem Solidaritätskorps können Jugendliche an der Lösung sozialer Herausforderungen in der EU praktisch mitwirken – unabhängig von Bildung, Qualifikation und gesellschaftlichem Stand.“ Es brauche mehr Selbstbewusstsein und Zukunftsmusik in der EU als Angst und da seien die Jugendlichen eine wichtige Stütze.

Vorgesehen ist, dass der bewährte Europäische Freiwilligendienst (EFD) im ESK aufgeht. Hans-Georg Wicke, Leiter von JUGEND für Europa, lud dazu ein, sich noch bis Ende des Jahres an der Debatte um den vorliegenden Rechtstext zu beteiligen: „Es gibt gerade jetzt kein stärkeres Symbol für Europa als das sich junge Menschen in und für Europa solidarisch engagieren. Dafür bietet das Solidaritätskorps einen erweiterten Rahmen. Zudem bedeute es eine Erweiterung des jugendpolitischen Handlungsspielraums in Europa und mehr politisches Gewicht. Lange haben wir über die europäische Bürgerschaft gesprochen, das rückt jetzt in den Mittelpunkt und eine soziale Dimension von Europa wird mitgedacht“, so Wicke.



## ESK ist eigentlich Europäischer Freiwilligendienst PLUS

Zu Gast war auch Günther Oettinger, Deutschlands EU-Kommissar für Haushalt und Personal, der für das ESK zuständig ist. Selbst ehemaliger Pfadfinder, betonte Oettinger, dass das neue Programm ein EFD PLUS sei und in diesem Sinne ganz eindeutig auf die großartigen Erfahrungen mit dem EFD aufbaue.

Nach der ersten – noch laufenden – Aufwärmphase gehe es nun in die zweite Phase über, die auch Rechtssicherheit schaffen soll: Bis zum Advent werde am Gesetzentwurf gearbeitet. Phase drei beinhalte dann die Weichenstellung für das nächste Jahrzehnt: Er wolle einen Haushaltsvorschlag für den fünfjährigen Finanzrahmen machen, in dem das Solidaritätskorps langfristig auftauche, erklärte Oettinger: „Wer Teil des Solidaritätskorps war, soll dem Projekt verbunden bleiben, denn so ein Dienst präge die Persönlichkeit und auch den Lebensweg entscheidend. Das gelte es auch den Unternehmen und Arbeitgebern zu vermitteln: Wer einen Solidaritätsdienst im Ausland geleistet hat, hat Sozialkompetenzen entwickelt und kein „Lebensjahr“ vertrödelt, so Oettinger. Der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg rief ebenfalls dazu auf, Änderungsvorschläge zum vorliegenden Entwurf zu machen und reklamierte auch für das EU-Gesetzgebungsverfahren eine Erfahrung des früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck: „Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es eingebracht wurde.“

## Klare Positionen der Bundesregierung

Wenn das Programm erfolgreich sein soll, bedürfe es zusätzlichen Geldes, um Menschen mit Behinderungen die Teilnahme zu ermöglichen, gab anschließend Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesjugendministerium, dem EU-Haushaltskommissar Oettinger mit auf den Weg. Insbesondere zu klären sei auch, was genau Praktika im ESK sind und wie das mit der Arbeitsmarktneutralität in den einzelnen Ländern einhergeht: „Praktika dürfen keine regulären Arbeitsplätze sein, die mit einem Taschengeld abgespeist werden, da muss es eine klare Abgrenzung geben im Gesetz“, plädierte Ferner. Die Staatssekretärin wünschte sich außerdem für 2018 einen Start des ESK nicht nur in den EU-Mitgliedstaaten, sondern von Anfang an für alle Länder, die auch an Erasmus+ teilnehmen. „Ich fände es sehr

schade, wenn Kooperationen mit langfristigen Partnern im ehemaligen EFD aufgelöst werden, weil diese keine Mitgliedstaaten der EU sind“, sagte sie und traf damit auf viel Zustimmung bei den Organisationen.

## Angebot und Nachfrage passen noch nicht zusammen

Seit Dezember 2016 können Jugendliche ihr Profil in der Datenbank des ESK angeben. Drei Monate später, im Februar diesen Jahres konnten Organisationen die Jugendlichen darüber kontaktieren, erzählte Robert France aus der Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur der EU-Kommission. Aber der Prozess sei noch nicht optimal: Angebot und Nachfrage müssten noch besser abgestimmt werden, es werde noch zu wenig angeboten für die über 35.000 registrierten Jugendlichen. An sieben Thementischen wurde anschließend über die Abgrenzung des ESK zu Erasmus+, das Thema Inklusion, die Qualität von Freiwilligendiensten und die Qualitätssicherung gesprochen sowie über beschäftigungspolitische Aspekte und Vernetzungsaktivitäten. Am Thementisch „Inklusion“ moderierte Christof Kriege von JUGEND für Europa: „Etwas, das Mut macht, ist das vorgesehene „in-country-Format“, also kürzere Freiwilligeneinsätze im eigenen Land. Das scheint besonders für Jugendliche mit Einschränkungen interessant“, sagte er. Andreas Schwab von ICJA Freiwilligenaustausch weltweit ergänzte: „Für unsere Arbeit mit Geflüchteten sind besonders diese Möglichkeiten interessant: Einsatzmöglichkeiten über den Bundesfreiwilligendienst sind schwierig oder begrenzt und für uns ist die Frage, ob und wie man mit dem ESK die Beschäftigungsfähigkeit von Geflüchteten fördern kann. Das wäre ein großer Wunsch von uns.“





### Offene Fragen

Beim Thementisch „Qualität von Freiwilligendiensten“ ging es lang um die Frage, was Solidarität überhaupt bedeutet. Angemerkt wurde, dass das für Jugendliche nicht unbedingt das Hauptmotiv ihres Engagements ist. Die Qualität und Anzahl der Seminare müssten zudem unbedingt gehalten werden – digitale Dienste könnten diese nicht ersetzen. Insbesondere kritisch gesehen wurden Beispiele von Einsätzen in Krisen- oder Katastrophenfällen, wie etwa bei einem Hochwasser: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass es da eine ausreichende pädagogische Begleitung gibt und sehe da auch keinen Lerneffekt im Sinne des non-formalen Lernens wie in einem EFD-Einsatz“, sagte Julia Motta von Bildung & Beratung.

Auch beim Thema Qualitätssicherung gibt es Klärungsbedarf: Vor allem die künftige Rolle der Entscheideorganisationen war vielen Teilnehmern nicht klar – auch die Rolle der Nationalen Agentur nicht, beispielsweise was den Beschäftigungsstrang angeht. Plädiert wurde, dafür auf Bewährtes, wie etwa den Youthpass zurückzugreifen. „Der Bewerbungsprozess in dem Portal und das „matching“ selbst sind nicht besonders niedrigschwellig und oft fehlt es an Orientierung für Jugendliche“, findet Bea Hackbarth von lernSINN erlebBAR. Mathias Busweiler vom Evangelischen Freiwilligendienst der Diakonie Hessen fragt, wer das geplante Qualitätssiegel brauche und wie die Implementierung gedacht sei.

Kritik gab es auch zu den beschäftigungspolitischen Aspekten des ESK. „Gibt es irgendeine Form von Begleitung und Betreuung bei Praktika? Wie werden diese Leute geschult?“, fragte Christina Schulte von Via e.V. Auch die Abgrenzung zum ehemaligen Leonardo-Programm war vielen nicht klar. Was die Bezahlung angeht gäbe es außerdem rechtliche Hürden in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten. „Praktika und Berufserfahrung sind etwas völlig anderes als der Europäische Freiwilligendienst, dann lieber ein eigenes Beschäftigungsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit“, sagte Susann Mannel vom soziokulturellen Zentrum „Die Villa“ in Leipzig. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit sei nicht über das ESK zu lösen, denn hochqualifizierte junge Menschen werden auch nach einem Einsatz keine Perspektive in ihrem Land haben, findet sie.

Eggert Hardten vom Mostar Friedensprojekt e.V. setzt einige Hoffnungen in das neue Programm: „Ich möchte unser Haus in Westbosnien beleben mit Freiwilligen aus Europa in sozialen und ökologischen Projekte auf dem Land und auch das Thema EU-Erweiterung und Integration ansprechen. So ein Programm bringt mehr Freiheit und neue Perspektiven in den Ort und ich denke, dafür gibt es mit dem ESK Möglichkeiten.“

### Wie geht es nun weiter?

In der abschließenden Podiumsdiskussion setzten sich Uwe Finke-Timpe als Referatsleiter im BMFS-FJ, Robert France, Hans-Georg Wicke, Lisi Maier als Vorsitzende des DBJR und Annette Mütter vom IKAB Bildungswerk mit genau diesen Fragen auseinander. Maier betonte: „Für uns ist die Frage, ob das ESK, das wie ein Stern scheint, die harte Arbeit der Organisationen an der EU-Jugendstrategie dann ab 2018 überstrahlt und wenn man schon so viel Geld aus Erasmus+ rauszieht, ob die EU-Jugendstrategie dann nicht auf einem Abstellgleis steht.“

Wicke betonte, dass auch er Hoffnungen und Befürchtungen hinsichtlich der Jugendstrategie habe: „Die fördertechnische Aufteilung auf zwei Programme könnte ein jugendpolitische Schwächung bedeuten, weil die etablierte Marke „EFD“ verschwände. Robert France versuchte den Trägern ihre Bedenken zu nehmen: „Ich glaube dass es möglich sein wird, die gleichen Themen und Projekte zu entwickeln wie bisher. Was die Praktika und Arbeitsstellen angeht, glaube ich nicht, dass wir 2018 die perfekte Lösung haben werden, aber wir können Dinge ausprobieren.“ Annette Mütter sagte: „Bei Erasmus+ ist ein großer Bereich der non-formalen Bildung zugeordnet, bei der die Beschäftigungsförderung nicht vorrangiges Ziel ist. Unter dem Mantel der Solidarität könnte es da zu einer Vermischung kommen.“

Nun stehen die Verhandlungen in Rat und Parlament an und anschließend das Trilog-Verfahren beider Institutionen mit der EU-Kommission. Ambitioniertes Ziel sei es, eine erste Antragsrunde im neuen EU-Programm für März 2018 anzubieten, wenn Parlament und Mitgliedstaaten im Rat rechtzeitig zustimmten, gab Robert France den Trägern bekannt. <<<<<





## „Zwischen Kontinuität und Veränderung: Das Europäische Solidaritätskorps ist eigentlich ein EFD PLUS“



Es ist einiges in Bewegung, was das Europäische Solidaritätskorps angeht: Manche Aspekte sind klarer geworden, werden nun positiver bewertet als noch vor sechs Monaten, andere wiederum sind immer noch sehr vage und stehen in der Kritik.

Es ist einiges in Bewegung, was das Europäische Solidaritätskorps angeht: Manche Aspekte sind klarer geworden, werden nun positiver bewertet als noch vor sechs Monaten, andere wiederum sind immer noch sehr vage und stehen in der Kritik.

Lisi Maier, Vorsitzende vom Deutschen Bundesjugendring (DBJR), über die Knackpunkte und was die EU-Jugendstrategie aus ihrer Sicht damit zu tun hat.

[↘ Weiterlesen](#)

## Wie soll es weitergehen mit Erasmus+ JUGEND IN AKTION?

Vor der Bundestagswahl erkundigte sich JUGEND für Europa bei den Parteien.



»Erasmus+ entfaltet somit eine enorme Wirkung im Jugendbereich

### KATRIN ALBSTEIGER

Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

[↘ Weiterlesen](#)



»Es ist wichtig, JUGEND IN AKTION auch zukünftig als wichtigen Baustein in Erasmus+ sichtbar zu machen

### KATJA DÖRNER

stellv. Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

[↘ Weiterlesen](#)



*» Europäische Austauschprogramme wie Erasmus+ sollten weiter ausgebaut werden*

**MICHAEL GEORG LINK**

Staatsminister im Auswärtigen Amt a.D. und Vorsitzender des FDP-Bundesausschusses Internationale Politik.

[↘ Weiterlesen](#)



*» Dieses Austauschprogramm ist für Bildung, Weltoffenheit und Toleranz unersetzbar*

**NORBERT MÜLLER**

Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag.

[↘ Weiterlesen](#)



*» Es gibt noch ganz schön Luft nach oben*

**MARTIN RABANUS**

Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und Berichterstatter für Europäische Bildungsprogramme (Erasmus+).

[↘ Weiterlesen](#)



# DIE EU – JUGENDSTRATEGIE

## **Quo vadis EU-Jugendstrategie: Austausch auch in Deutschland gestartet**

Gleichzeitig mit dem im letzten Jahr gestarteten europäischen Austausch über die jugendpolitische Zusammenarbeit der Europäischen Union für die Zeit nach 2018 hat das Nachdenken dazu auch in Deutschland begonnen..

**D**ie Bund-Länder AG zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie hat den Auftakt der Diskussion mit ihrer Veranstaltung beim 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag gemacht. Mit dem Fachforum „Jugendpolitische Zusammenarbeit Europas – Errungenschaften und Erwartungen“ luden die Vertreter und Vertreterinnen der obersten Landesjugendbehörden von Bund und Ländern Fachkräfte und junge Menschen zur Diskussion ein. Ein kurzer Rückblick verdeutlichte, wie die jugendpolitische Strategie der EU für junge Menschen sowie für die Jugendpolitik von Bund und Ländern von Nutzen sein kann. So diente die EU-Jugendstrategie nicht nur als Rückenwind für die Jugendarbeit in Deutschland, sondern auch für einen strukturierten fachlichen Austausch im Jugendbereich zwischen den europäischen Partnerländern und -regionen. Die EU-Jugendstrategie hat darüber hinaus für mehr Anerkennung und Unterstützung junger Menschen bei ihren grenzüberschreitenden gemeinsamen Initiativen in Grenzgebieten gesorgt. Letztendlich hat sie einen Bewusstseinswandel in der Jugendhilfe angestoßen, für ein gemeinsames Europa und dessen Mitgestaltung verstärkt Verantwortung zu übernehmen.

### **Auch erste Vorstellungen für eine zukünftige EU-Jugendstrategie**

der Zukunft wurden in den Diskussionen im Fachforum formuliert. Dass die Partizipation aller jungen Menschen zentral wichtig ist und sein wird, war Konsens, wie das zu erreichen sei, dazu gab es unterschiedliche Meinungen. Klar wurde, dass es von

allen als eine der großen Herausforderungen angesehen wird. Partizipation bedeutet dabei für viele der Mitdiskutanten der Anspruch, junge Menschen zu befähigen und ihnen zu ermöglichen, Europa mitzugestalten, zu erleben und sich als europäische Bürgerin bzw. Bürger zu engagieren. Es wurde weiter darauf hingewiesen, dass diese Beteiligung in erste Linie dort stattfindet, wo die jungen Menschen leben, in der Kommune vor Ort, in ihren Peer-Gruppen und Lebensräumen.

Das bedeute in der Konsequenz, dass die neue EU-Jugendstrategie von Beginn an lokal gedacht werden müsse. Ein Großteil der Teilnehmer und Teilnehmerinnen sähe die Jugendarbeit sowie die politische und europäische Bildung in der Verantwortung, jungen Menschen Europa als Teil ihrer Lebenswelt nahe zu bringen.

### **Über das Fachforum**

hinaus haben sich bereits einige zentrale Akteure der Jugendhilfe in Deutschland zur Zukunft der EU-Jugendstrategie zu Wort gemeldet. Die Arbeitsgemeinschaft der obersten Jugend- und Familienbehörden der Länder hat in ihrem Beschluss vom März dieses Jahres deutlich gemacht, dass die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich bereits wichtige Initiativen zur Stärkung und Sichtbarmachung von Jugendarbeit, Jugendbildung, Jugendhilfe und Jugendpolitik in Europa hervorgebracht habe. Die Arbeitsgemeinschaft will sich dafür engagieren, strategische Perspektiven für die Zeit nach 2018 zu entwickeln.



### Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR)

stellt sich eine flexiblere EU-Jugendstrategie vor. Diese sei notwendig, um sich auf veränderte Lebenswirklichkeiten einstellen zu können. Die Meinungen junger Menschen sind dabei grundsätzlich zu berücksichtigen. Der nationale Jugendverband fordert einen ganzheitlichen Ansatz der EU-Jugendstrategie, um die Stärken und Interessen der jungen Menschen zu unterstützen und sie nicht nur als gesellschaftliche Risikogruppe und Humankapital zu betrachten. Der DBJR hält eine stärkere Fokussierung, weniger Themenfelder und eine Konzentration auf Schwerpunkte für zielführender.

### Für den Bayerischen Jugendring

muss eine EU-Jugendstrategie in alltägliches politisches Handeln möglichst auf allen Ebenen – also lokal, regional, national und europäisch - selbstverständlich einfließen können. Dafür braucht es seiner Auffassung nach eine stärkere, effektivere und wirkungsmächtigere EU-Jugendstrategie ab 2019. Bildung im ganzheitlichen Verständnis muss für den bayerischen Jugendring eines der Schlüsselthemen der EU-Jugendstrategie sein. Darüber hinaus fordert er ebenfalls mehr Flexibilität und Offenheit für Inhalte, insbesondere um die Einbeziehung von jungen Menschen „tatsächlich“ ermöglichen zu können.

### Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendhilfe (AGJ)

bewertet die aktuelle Strategie ebenfalls als wichtige Initiative zur Stärkung von Jugendarbeit und Jugend-

politik. In einer zweiten Auflage sollte der Mehrwert und die Relevanz der jugendpolitischen Zusammenarbeit für Europa, sowie für Deutschland verbessert werden. Nach Sicht der AGJ könnte deutlicher vermittelt werden, wo der ureigene jugendpolitische Auftrag der EU liegt und welche Themen die Mitgliedstaaten als Impulse für die eigene Jugendpolitik (sei es durch Peer-Learning, oder durch politischen Austausch) bearbeiten möchten. Auch die Arbeitsgemeinschaft wünscht sich mehr Klarheit bei den Zielen. Außerdem müsse eine EU-Jugendstrategie sich auch um die jugendpolitischen Belange in der Umsetzung der übergreifenden wirtschafts- und sozialpolitischen Strategie der Gemeinschaft kümmern.

Zur Frage der Beteiligung junger Menschen an der EU-Jugendstrategie plädieren alle, die sich bisher zu Wort gemeldet haben, für Verbesserungen. So müsse insbesondere die Rückkopplung der von jungen Menschen vor Ort erarbeiteten Vorschläge, Ideen und Empfehlungen auf die europäische Ebene viel besser gelingen. Dazu gehört auch, dass die politischen Verantwortlichen diese stärker wahrnehmen und in ihrer politischen Arbeit aufgreifen.

Die Überprüfung und Bewertung des Bisherigen und der Erfahrungen der letzten sieben Jahre Umsetzung stehen im Moment im Mittelpunkt der Auseinandersetzung in Deutschland. Dass es weiter einer jugendpolitischen Zusammenarbeit der Europäischen Union und in Europa bedarf bezweifelt dagegen kaum jemand. <<<<





## Wissenschaftliche Begleitung zur EU-Jugendstrategie geht in die dritte Phase

Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie wird seit 2010 vom Projekt des Deutschen Jugendinstituts (DJI) „Wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland“ begleitet. Die grundsätzliche Aufgabe des Projektes ist es, wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über die Umsetzung der europäischen Jugendpolitik zu erarbeiten und in den laufenden Prozess einzuspeisen. So können die Ergebnisse direkt für die fachliche Auseinandersetzung um die Realisierbarkeit europäischer Inhalte in der Kinder- und Jugendhilfe und die Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie genutzt werden.

**A**nfang des Jahres startete das Projekt nun in die dritte Arbeitsphase (2017 bis 2019). In den beiden vorangegangenen Zeiträumen standen die Arbeitsweise und strukturellen Grundlagen für die Umsetzung der europäischen Strategie in Deutschland im Zentrum der wissenschaftlichen Begleitung.

### Die Ziele der ersten Projektphase (2010 bis 2014)

waren es, einerseits die Fortschritte hinsichtlich der fachpolitisch gesetzten Ziele und Schwerpunkte zu beschreiben und andererseits den Umsetzungsprozess fachlich zu bewerten. Im Fokus der zweiten Projektphase (2014 bis 2016) standen sowohl die Frage nach der Bedeutung der EU-Jugendstrategie für den Themenbereich Partizipation als auch die Frage, wie die Perspektiven und Vorstellungen Jugendlicher, insbesondere über den Strukturierten Dialog, in den Umsetzungsprozess gelangen.

### In der dritten Projektphase

soll Bilanz gezogen werden. Absicht ist es, anhand des bisherigen Verlaufs des Prozesses Rückschlüsse darauf zu ziehen, wie eine jugendpolitische Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen beteiligten Gruppen und Akteuren, Ebenen und Handlungsfeldern in Zukunft gewinnbringend für alle gestaltet werden kann. Die Analyse wird dafür sowohl die strukturellen Gegebenheiten (die eingerichteten Strukturen des sogenannten Governance-Modells) als auch die Inhalte und Themen der Umsetzung in den Blick nehmen.

Die Interaktion zwischen der nationalen und der europäischen Ebene in der Jugendstrategie der EU ist eine dritte Frage, die untersucht werden soll. Es wird analysiert, inwiefern die Umsetzung der EU-Jugendstrategie dazu beigetragen hat, die deutsche Perspek-

tive in die jugendpolitische Zusammenarbeit der EU einzubringen. <<<<

Mehr Informationen über das Projekt erhalten Sie über die Projekthomepage unter [www.dji.de/eu-jugendstrategie](http://www.dji.de/eu-jugendstrategie)

Der Abschlussbericht für die erste Phase der wissenschaftlichen Begleitung kann dort ebenfalls abgerufen werden.





## „Grenzüberschreitende Angebote haben für benachteiligte junge Menschen ganz erhebliche Lerneffekte.“

Hans Brandtner, Projektkoordinator bei der Servicestelle zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland, hat zusammen mit seiner Kollegin Ulrike Wissler die Broschüre „Grenzüberschreitungen - Europäische Mobilitätsangebote für sozial benachteiligte junge Menschen“ erstellt. JUGEND für Europa fragte nach den Hintergründen.

[↘ Weiterlesen](#)



## Was ist los in der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“?

Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ hat kürzlich eine Reihe von Publikationen veröffentlicht, die online abrufbar sind:

1. Die Broschüre zur Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ beschreibt die zentralen Bedürfnisse junger Menschen sowie gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland und stellt Ziele, Handlungsfelder, Akteure, Maßnahmen und Vorhaben der Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dar. Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie ist eines dieser zentralen Vorhaben. [↘ Weiterlesen](#)
2. Die Broschüre „Jugendgerechte Kommunen“ gibt ein Zwischenfazit zur Arbeit der 16 Referenzkommunen der Jugendstrategie und ihrer gemeinsamen Arbeit im Begleit- und Peer-Learning Prozess. [↘ Weiterlesen](#)
3. Die Dokumentation zum *Innovationsfonds des BMFSFJ zur Förderung der Eigenständigen Jugendpolitik* für den Zeitraum 2014-2016 gibt eine Übersicht über die geförderten Projekte, ihre Ziele und



ihre jugendpolitische Bedeutung. Die Projekte setzen innovative Methoden oder Maßnahmen in den Handlungsfeldern internationale Jugendarbeit, politische Bildung, kulturelle Bildung, Jugendsozialarbeit sowie Jugendverbandsarbeit um. [» Weiterlesen](#)

4. Die erste Jugendbroschüre zu einem Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung stellt die Kerninhalte des aktuellen 15. Kinder- und Jugendberichts

in einer verständlichen Sprache dar. Unter dem Titel „Jugend ermöglichen“ werden insbesondere die Themen angesprochen, zu denen sich junge Menschen immer wieder einbringen. Die Publikation wurde von einem Redaktionsteam der Jugendpresse Deutschland erstellt. [» Weiterlesen](#)



## Veränderungen bei JUGEND für Europa

Die Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie bei JUGEND für Europa wurde zum 1. Mai 2017 in die Servicestelle EU-Jugendstrategie umgewandelt.

Die Servicestelle wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert, um die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland zu unterstützen. Sie bringt dabei ihre Expertise in die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei Themen wie Jugendbeteiligung in Europa, grenzüberschreitende Mobilität im Übergang sowie bei der Vorbereitung der EU-Jugendstrategie nach 2019 ein.

### Sie unterstützt das BMFSFJ

beim Nationalen Dialog mit den zentralen jugendpolitischen Akteuren und mit jungen Menschen auf

Bundesebene, sorgt für mehr Sichtbarkeit der EU-Jugendstrategie in Deutschland und trägt zur europäischen Ausrichtung der Praxis in der Kinder- und Jugendhilfe ein.

### In der Servicestelle

arbeitet ein Dreierteam mit den Mitarbeiterinnen Andrea Pingel, Christiane Westenhöfer und Ulrike Wisser. Frau Pingel ist neue Kollegin seit dem 1. Mai. Sie verfügt über langjährige Erfahrungen und weitreichende Sachkenntnis in der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit. ««««



# DER STRUKTURIERTE DIALOG

## „Damit wir uns richtig verstehen“ – Handbuch zum Strukturierten Dialog erschienen

Wie können Projekte im Rahmen des Strukturierten Dialogs gestaltet sein? Das neue Handbuch ist Ergebnis einer Koproduktion zwischen DBJR und JUGEND für Europa und gibt Anregungen aus der Praxis für die Praxis.

[Das Handbuch als PDF-Download](#)



## Werkstatt MitWirkung: Jugendbeteiligung, aber wirklich!

Mit der Werkstatt MitWirkung will der Deutsche Bundesjugendring das Verständnis von Beteiligung schärfen, die Praxis stärken und die Mitbestimmung junger Menschen an politischen Prozessen wirkungsvoll gestalten. Zu häufig wird Jugendbeteiligung leider noch als hippe oder beliebige Element von (Jugend-)Politik verstanden. Das will die Werkstatt MitWirkung ändern.

[www.werkstatt-mitwirkung.de](http://www.werkstatt-mitwirkung.de)







# IMPRESSUM

**Herausgeber:**

JUGEND für Europa  
Servicestelle EU-Jugendstrategie  
Godesberger Allee 142–148  
53175 Bonn

**Verantwortlich:**

Frank Peil (V.i.S.d. § 55 Abs. 2 RstV, JUGEND für Europa)

**Redaktion:**

Frank Peil, Ulrike Wisser, Derya Lehmeier

**Weitere Autorinnen und Autoren:**

Dr. Helle Becker, Hans Brandtner, Lisa Brüßler, Ann-Kathrin Fischer (DBJR)

**Fotos:**

JUGEND für Europa, sofern nicht anders genannt

**Quellen:**

JUGEND für Europa, sofern nicht anders genannt

**Gestaltung:**

elfgenpick, Augsburg

**Gefördert durch:**

Erasmus+



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Aktuelle Informationen zur EU-Jugendstrategie:

➤ [www.jugendpolitikeneuropa.de](http://www.jugendpolitikeneuropa.de)

➤ [www.jugendhilfeportal.de](http://www.jugendhilfeportal.de)

## Europäische Jugendarbeit und Jugendpolitik

Aktuelle Entwicklungen auf  
nationaler und europäischer Ebene

#01.17  
NEWSLETTER